

Voll dein Thema? Mitreden und einmischen!



[www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de)

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5 • 10117 Berlin  
Telefon: (030) 23 25 22 22  
E-Mail: [buergerservice@spd.parlament-berlin.de](mailto:buergerservice@spd.parlament-berlin.de)  
V.i.S.d.P.: Torsten Schneider, Parl. Geschäftsführer

Kontaktiere unsere  
Abgeordneten



„Die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt ist nicht hinnehmbar. Wir wollen keine Enteignungen, aber einen starken Staat mit klaren Spielregeln. Wer diese Stadt am Laufen hält, muss hier auch wohnen können. Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und entscheidet darüber, ob die Stadt auch eine lebenswerte Stadt bleibt.“

Raed Saleh  
Fraktionsvorsitzender

## UNSER KOMPASS

Wohnen entscheidet über Würde, Freiheit und Teilhabe.

Wer arbeitet, pflegt, erzieht und diese Stadt am Laufen hält, muss hier wohnen können.

**Wohnen ist ein Grundrecht, Wohnen ist Daseinsvorsorge.**



## MEHR WISSEN! MITREDEN! EINMISCHEN!

Du möchtest in das Thema tiefer einsteigen, hast Fragen oder möchtest unsere Vorschläge mit uns diskutieren?

Dann: Sprich uns an. Schreib uns. Komm zu unseren Veranstaltungen!

Scan für unsere ganze  
Mietenstrategie



WOHNEN UND MIETEN



# WOHNEN OHNE ABZOCKE!

Damit Berlin für alle bezahlbar  
und lebenswert bleibt.



# WOHNEN IST DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT

Über 80 Prozent der Berliner:innen wohnen zur Miete. Die mittlere Angebotsmiete lag 2024 bei 15,74 Euro pro Quadratmeter, während die ortsübliche Vergleichsmiete bei nur 7,21 Euro lag.

Das bedeutet: Eine Familie, die gerade in eine neue Wohnung gezogen ist, zahlt mitunter mehr als doppelt so viel Miete wie ihre Nachbarn, die schon seit Jahren dort wohnen. Das ist soziale Realität.

Der Markt allein regelt das nicht.

Deshalb handeln wir. Weil unsere Stadt kein Spekulationsobjekt ist!

## UNSER PLAN FÜR BEZAHLBARES WOHNEN IN BERLIN

### 1 WOHNUNGS- UND MIETENKATASTER: TRANSPARENZ STATT ZUFALL

Wir wollen erstmals die Grundlage schaffen, alle Wohn- und Mietverhältnisse systematisch auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Überhöhte oder rechtswidrige Mieten werden erkannt und Verfahren können von Amts wegen eingeleitet werden. Denn schon jetzt zeigen über 90 Prozent der geprüften Fälle den Verdacht gravierender Rechtsverstöße, teils sogar strafbaren Mietwuchers.

► WER UNZULÄSSIGE MIETEN FORDERT, MUSS MIT KONSEQUENZEN RECHNEN.



### 2 SOZIALQUOTE: SOZIALE VIELFALT STATT VERDRÄNGUNG

Berlin darf nicht zur Stadt nur für Spitzenverdienende werden. Darum wollen wir eine gesetzliche Sozialquote von 30 Prozent bei Neuvermietungen einführen: für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie für obdachlose Menschen.

► WIR SICHERN SOZIALE VIELFALT UND BEKÄMPFEN VERDRÄNGUNG – IN JEDEM KIEZ.

UNSER ZIEL: **30%** SOZIALQUOTE BEI NEUVERMIETUNGEN



### 3 INSTANDHALTUNGSPFLICHT: INVESTIEREN STATT VERFALLEN LASSEN

Wer 500 oder mehr Wohnungen besitzt, trägt Verantwortung für ganze Kieze. Wir wollen daher Großvermietende verpflichten, schrittweise bis zu 5 Prozent ihrer Mieteinnahmen in ihren Wohnungsbestand zu investieren – in Instandhaltung, Barrierefreiheit oder energetische Sanierung.

► BERLIN BRAUCHT INVESTITIONEN, KEINE SCHROTTIMMOBILIEN.

